Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73/77
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Zentrum 614, 964, 806, 1890, 1582, 1883. Für Nachtgespräche 2390.
Geschäftsstelle: Amt Dönhoff 1909, 5585, 5586.

Preis für die Einzelgespaltene Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 311. Mittwoch, 2. Juli 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Bundesstaat.

Eigene Drahtmeldung.

Th. Thorn, 2. Juli.

Die Verhandlungen der westpreußischen deutschen und polnischen Volksräte mit dem Posener obersten polnischen Volksrat sind so weit gediehen, daß die beteiligten Herren nach einem Funkspruch aus Polen nach Warschau weitergefahren sind, um mit der dortigen Regierung zu verhandeln. In deutschen Kreisen liegt man den Entschluß zur Weiterreise nach Warschau günstig aus. Von Thorn nehmen an den Verhandlungen von deutscher Seite Stadtforstrat Löwe und Rittergutsbesitzer Hasbach von Schloß Birglau teil, von polnischer Seite Rechtsanwalt Szuman und Kosinski. Die führenden deutschen westpreußischen Zeitungen heben hervor, daß die Aussichten der Verwirklichung eines Bundesstaates noch nicht allzu groß sind, obgleich sich die Polen sagen mußten, daß sie besser täten, sich mit einer solchen Art der Angliederung zu begnügen, statt durch vollständige Einverleibung mit einem Ruck alles Bestehende in den gewonnenen Gegenden umzustoßen, zumal die eigenen Kräfte zur sofortigen Einführung einer reinen polnischen Verwaltung durchaus fehlen. Daß mit den gebildeten Polen ein Einvernehmen erreichbar und somit ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sein wird, ist anzunehmen und zu erhoffen. Wünschenswert wäre aber, daß auch die mindergebildeten Kreise der polnischen Bevölkerung dieser Verständigung folgen. Die Polenpresse verhält sich vorläufig ablehnend.

S. Haag, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung) Pade, zweit unterzeichnete gestern den polnischen Vertrag, der die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten enthält. Clemenceau schreibt dazu im Namen des Bierrerats u. a. in einem Briefe, daß die Anerkennung eines neuen Staates, der sich bilden sollte, nur unter der Bedingung erfolgen werde, wenn dieser sich verpflichtet, gewisse Grundsätze zu beachten. Polen verdanke seine Unabhängigkeit den Anstrengungen der Verbündeten, und seine Zukunft hänge von der Unterstützung des Verbandes ab. Polen solle nicht unter die Vormundschaft der Verbündeten gestellt werden, wohl aber unter die Garantien des Völkerbundes.

Die Bedingungen des Vertrages.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, daß Polen diese Gebiete zugesprochen worden.

In ersten Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet sich Polen, allen Bewohnern Polens Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes Bekenntnis auszuüben, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht im Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatsangehörige die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Polen an, unter dem Vorbehalt der Bestimmung des Friedensvertrages mit Deutschland und Österreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Tage auf dem in Frage kommenden Gebiete ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt. Der ständige Schiedsgerichtshof wird über Meinungsverschiedenheiten entscheiden.

Der zweite Abschnitt befaßt sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Verbündeten Transitfreiheit und Meistbegünstigung gewähren, es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen, betreffend Telegraph, Eisenbahnen, Sanitätsdienst usw. beitreten. Polen wird den dem Völkerbund angehörenden Staaten gleiche Rechte und Privilegien gewähren. Es übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle anderen finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Dänemark und Polen.

N. Kopenhagen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der dänische Außenminister hat laut Veröffentlichung des Hiesigen polnischen Pressebureaus der polnischen Regierung folgendes Telegramm zugehen lassen:

„Anläßlich des Telegrammes vom 26. April, die Anerkennung Polens betreffend, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die dänische Regierung, erfreut über den Wiedereintritt Polens in die Reihe der freien und souveränen europäischen Staaten, mit lebhafter Freude sich beeilt, offiziell Polen und seine Regierung anzuerkennen. Die dänische Regierung teilt den innigen Wunsch, freundschaftliche Verbindung zwischen den beiden Ländern herzustellen."

Die Aufteilung von Kamerun und Togo.

S. Haag, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) England und Frankreich haben sich endlich über die Verteilung der deutschen Kolonien Kamerun und Togo geeinigt. Die Aufteilung erfolgt im allgemeinen so, wie sie im Geheimvertrag vom März 1916 festgesetzt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo und etwa 4/5 von Kamerun.

Die amtliche Textausgabe des Friedensvertrags.

Die amtliche Textausgabe des Friedensvertrags erscheint unmittelbar nach der Ratifikation durch die Nationalversammlung in einer im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen Volksausgabe bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Charlottenburg im Buchhandel. Die Ausgabe umfaßt den deutschen, englischen und französischen Text nebst den Anlagen und den Originalausgabe. Sie wird in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen bearbeitet, etwa 150 Seiten umfassende ausführliche Sachregister.

Baldige Ratifizierung des Vertrags.

Eine deutsche Note an Clemenceau.

Hoffnung auf Heimsendung der Gefangenen.

Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, folgende Note übermittelt worden:

Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni über die Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderliche Maßnahme zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und von der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können.

Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Infage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

Bevorstehende Friedensschlüsse und Verträge.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Der Oberste Rat der Verbündeten wird morgen nachmittag Beschluß fassen über die Arbeitsmethoden, die er künftig beim Ausarbeiten der verschiedenen mit Österreich, Bulgarien und der Türkei zu schließenden Verträge befolgen wird. Hinsichtlich Österreichs ist der Vertrag völlig beendet, ausgenommen die militärischen Bedingungen.

Infolge der Note der Verbündeten hat die türkische Delegation beschlossen, Frankreich zu verlassen, sie wird am Mittwoch abreisen.

Verträge analog dem mit Polen abgeschlossenen, die nationalen Rechte der Minderheiten betreffen, werden mit Rumänien und der Tschecho-Slowakei abgeschlossen.

Infolge des gegenwärtig auf der Friedenskonferenz gepflogenen Meinungsaustausches zwischen dem belgischen Minister des Aeußern und dem holländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde beschlossen, eine internationale Kommission von 14 Mitgliedern zu bestimmen, in der die vier Großmächte sowie Belgien und Holland mit je zwei Mitgliedern vertreten sind.

Die Ausführung der Friedensbedingungen.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 2. Juli.

Es scheint, daß man in Frankreich vielfach nicht recht begreifen will, warum nunmehr, wo der Friede doch unterzeichnet ist, nicht mit aller Beschleunigung die Wiederherstellung normaler Verhältnisse gefördert wird, und warum namentlich von einer Rückkehr der ihrer Entlassung harrenden Soldaten noch immer nicht die Rede ist. So schreibt heute der „Matin", der sich zum Sprachrohr der kritischen Stimmen im Lande macht und seine Angriffe auf Clemenceau unermüdlich weiter fortsetzt:

Der Kriegszustand dauert fort, die Einschränkungen hören nicht auf, und man denkt nicht an Demobilmachung, hat doch Clemenceau in der Kammer nur von der Entlassung zweier Jahrgänge der unter Waffen stehenden Truppen gesprochen. Die Folge ist ein schreckenbed Kriegsschatz, ja, der Ruin Frankreichs, das fordern auch die Kosten für die Besetzung der kinderbrinnischen Gebiete bezahlen muß.

Ueber die verschiedenen, von Deutschland einzuhaltenden Verzollfristen, die im Vertrag für die nächsten Monate nach Inkrafttreten des Vertrags vorgesehen sind, bringen die französischen Blätter folgende Zusammenstellung:

In 10 Tagen muß Nordschleswig geräumt sein, in 15 Tagen Ostpreußen; von der 5. bis 7. Woche muß die Volksabstimmung in Schleswig stattfinden. Nach Ablauf eines Monats werden die Verbündeten die Liste der auszuliefernden Persönlichkeiten Deutschland zustellen und bekannt geben, ob sie das von Deutschland vorgeschlagene System über die Schadenersatzleistung annehmen wollen. Im Laufe von zwei Monaten müssen die Befestigungen im nichtbesetzten und in neutralen Gebiet geschleift werden. Am Ende des dritten Monats muß das deutsche Heer auf 200000 Mann reduziert sein. Im vierten Monat muß Deutschland entweder eine bestimmte Summe zur Begleichung seiner Schulden bezahlen oder eine der bezüglichen Gegenden wiederherstellen. Im sechsten Monat schließlich erfolgt die Volksabstimmung in Malmedy sowie die Niederlegung weiterer Befestigungen. Gleichzeitig erklärt die Verpflichtung Deutschlands in bezug auf die Gewährung der Meistbegünstigung im Zolltarif gegenüber den verbündeten Ländern, und es wird in Danzig die vorgesehene Verwaltungskommission eingesetzt werden.

Aufhebung der Zensur in Italien und Frankreich.

R. Basel, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die italienische Regierung hob die Zensur am 1. Juli auf. In Frankreich beschäftigt sich der nächste Ministerrat ebenfalls mit der Zensurfrage. Letztere ließ bereits in der Kammer verlauten, daß die Zensur vor dem 14. Juli aufgehoben wird. Der Antrag auf Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes soll in der Kammersitzung am 8. Juli an erster Stelle stehen.

Der Protest gegen die Ausschreitungen in Spaa.

Der in Spaa zurückgebliebene Vorsitzende der deutschen Kommission, Generalmajor Freiherr von Hammerstein, hat, wie die „B. P. N." erfahren, anläßlich der feindseligen Kundgebungen in Spaa den Verbündeten am 1. Juli folgende Protestnote überreichen lassen:

„Bereits am 26. Juni hatten wir dem von der deutschen Waffenstillstandskommission bewohnten Hotel in Spaa deutsch-feindliche Demonstrationen stattgefunden. Ich hatte daher auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes hingewiesen. Bei dem gestern abend erfolgten Abtransport eines Teiles der deutschen Waffenstillstandskommission ist es erneut zu starken deutsch-feindlichen Kundgebungen gekommen, trotzdem die Abfahrt der deutschen, englischen und belgischen Sicherheitsorganen reichlich bekannt gegeben war. Eine bedeutende Menschenmenge, versiehrt durch einen mit Musik und Fahnen auftretenden Umzug, begleitete die Abfahrt der Automobile zum Bahnhof mit Johlen, Pfeifen und Schmährufen. In den Straßen und besonders vor dem Bahnhof stehen sich die Kundgebungen fort. Auf verschiedene Automobile wurden Steine geworfen. Einige derselben trafen die Insassen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zuzuschreiben, daß niemand verletzt wurde. Das letzte Automobil wurde durch die Menschenmenge am Bahnhof an der Rückfahrt zum Hotel gehindert und schwer beschädigt. Die belgischen und englischen Zivil- und Militärbehörden haben diese Ausschreitungen nicht verhindert. Das Aufsicht von belgischer Gendarmerie und englischem Militär war gegenüber der Menge trotz guten Willens und trotz des anwesenden deutschen Bevollmächtigten des Führers des belgischen Gendarmeriekommandos machtlos. Nach den Vorgängen in Versailles und hier hätte erwartet werden müssen, daß genügende Vorkehrungen getroffen würden, um eine solche Verletzung der Mitgliedern der deutschen Waffenstillstandskommission entstehenden und noch vor kurzem gesicherten Immunität und persönlichen Sicherheit unbedingt zu verhindern. Ich erhebe daher gegen die Vorkommnisse des gestrigen Abends den schärfsten Protest. Ich bitte ferner Herrn General Nudant zu veranlassen, daß die Verlegung des Sitzes der Waffenstillstandskommission auf deutsches Gebiet nunmehr beschleunigt erfolgt."

Von der deutschen Waffenstillstandskommission wird dem „B. P. N." mitgeteilt: General Nudant übergab der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa folgende Note:

„Die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission wird ihre Tätigkeit bis zur Ratifizierung fortsetzen. In beiderseitigem Interesse ist eine Verminderung des Personals wünschenswert. Die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission wird von Spaa verlegt. Der neue Aufenthaltsort wird in kürzester Frist festgesetzt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird zu gegebener Zeit von der Entschließungen des Marschalls verständigt werden. Es liegt in ihrem Interesse, sich nach Möglichkeit zu verkleinern."

Schwere Beschimpfung des Admirals von Reuter.

S. Haag, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vizeadmiral von Reuter, der den Befehl zur Versenkung der deutschen Flotte in der Bucht von Scapa Flow gab, ist am Sonnabend, als er nach Odwelitz übergeführt werden sollte, vom Publikum beschimpft und geschlagen worden.

Eine Frau als Opfer der Steinwürfe von Versailles.

Die deutsche Friedensdelegation wurde bekanntlich bei ihrer Abreise von Versailles von aufgeregten Volksmassen beschimpft und mit Steinen beworfen. Am schwersten betroffen wurde, wie wir seinergeit mitteilten, Frau Dornbläth, die einen Steinwurf auf den Hinterkopf erhielt. Es schien im Anfang, daß die Verletzung nur unerheblich sein würde, und Frau Dornbläth hat noch in Weimar ihre Tätigkeit als Mitglied der Friedensdelegation fortgesetzt. Inzwischen hat sich, wie wir von einwandfreier Seite erfahren, ihr Zustand so verschlimmert, daß sie in die Nervenklinik der Charité übergeführt werden mußte. Der Steinwurf hatte eine leichte Gehirnerschütterung verursacht, deren Folgen sich jetzt bemerkbar machen. Die „Grande Nation" kann auf diese Leistungen ihrer Patrioten stolz sein.

Die Antwort der Verbündeten an Bethmann-Hollweg.

O Paris, 2. Juli. (Indrekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) **Die die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" meldet, bereiten die Verbündeten ihre Antwort auf den Brief Bethmann-Hollwegs vor, der noch in der letzten Sitzung des Bierrerats vor der Unterzeichnung des Friedens geprüft wurde.**

Pichon Vorsitzender des Fünferrats.

Amsterdam, 2. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris: Den Vorsitz im Fünferrat wird nicht, wie gemeldet, Clemenceau, sondern Pichon führen.

Die Julirezolution und Dr. Helfferich.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der frühere Minister Dr. Helfferich beteiligt sich in einem Artikel „Die Julirezolution — der Anfang des moralischen Zusammenbruchs" in der „Kreuzzeitung" an dem Bestreben, die Geschichte des Krieges zu fälschen. So erzählt er, um diese Resolution als reichsschädigend hinzustellen, Herr Erzberger habe sie betrieben, ohne vorher die Reichsleitung von seiner Absicht zu unterrichten, und fährt fort: „Dagegen muß hervorgehoben werden, daß Herr Erzberger seinen Vorstoß im Einverständnis mit dem Leiter der österreichischen Politik, ja auf dessen Anstiften unternommen hat."

Da die Julirezolution als das Ereignis, von dem ab noch einmal die Katastrophe hätte verhindert werden können, geschichtlich eine große Rolle spielen wird, sei heute schon folgendes festgestellt: Die Bemühungen um diese Kundgebung erfolgten nach eingehender Rücksprache mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der sie als Kampfmittel gegen die Alldeutschen billigte, mit den Staatssekretären Graf Roedern und Dr. Solf und auch mit Dr. Helfferich, der ein halbes Jahr vorher seiner Denkschrift gegen den U-Bootkrieg eine Angabe von Reden für den U-Bootkrieg hatte folgen lassen, und der sich gegen die Friedensresolution aussprach. Er weiß also am besten, daß die Aktion nicht ohne Benachrichtigung der Reichsregierung erfolgt ist. Das ist die erste grobe Unwahrheit. Die zweite ist die Behauptung, die Resolution sei im Einverständnis ja, auf Anstiften Czernins erfolgt. Czernin hat in einer Rede behauptet, die Schilderungen eines seiner Freunde über die Lage in Wien hätten Erzberger und Scheidemann in ihren Ansprüchungen bestärkt. Daraus macht Herr Dr. Helfferich ein Einverständnis, ja ein Anstiften des Grafen Czernin. Erzberger hatte aber die Rückfrage eines Freundes des Grafen gar nicht nötig. Im April 1917 war ein bündiges Bericht Czernins in Berlin eingegangen, die Monarchie stürbe vor den ernstesten inneren Zerfetzungen, über das Jahr hinaus sei an einen Widerstand nicht zu denken. Daraufhin reiste Erzberger im Bethmanns Auftrag nach Wien und erreichte in Verhandlungen mit dem Kaiser Karl und Czernin, daß überstürzte Friedensschritte unterblieben. Die Reichsregierung allerdings schlug die Schicksalsmahnung aus Wien, die dann ein Jahr später zu der lange vorher geahnten Katastrophe führte, in den Wind und glaubte, mit dem Erfolge der Erzbergerschen Aktion sei alles Nötige getan.

Daß für die parlamentarischen Betreiber der Friedensresolution neben dem offenkundigen Fiasko des U-Bootkrieges die Kenntnis der Wiener Schwäche ein hauptsächlicher Anspornmar war, das Volk aus den Gleisen der Annexionsschreier heraus auf den Boden eines Verständigungsfriedens zu bringen, ist selbstverständlich. Erzberger gebrauchte damals im Hauptausschuß das Gleichnis, die Mittelmächte führen in Convoi. Da habe sich das Gange nach dem langsam fahrenden Schiff zu richten, und das sei die Donaumonarchie. Es ist also eine offenkundige Unwahrheit, daß Erzberger sich dazu hergegeben habe, „die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen". Gerade was Dr. Helfferich als notwendig und angeblich unterlassen bezeichnet, „Oesterreich-Ungarn bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken", war Inhalt und Ergebnis seiner Wiener Reise gewesen. Denn aber zog die Verschleierungsmaßnahmen des Reichstages aus diesen ersten Anzeichen des Zusammenbruchs die politischen Konsequenzen und versuchte, eine Beendigung des Kampfes anzubahnen, dessen Aussichtslosigkeit sich schon in den Ausbruchversuchen des einen Partners ankündigte. Daß die Julirezolution nach außen nicht den starken Eindruck machte, lag in dem unseligen Wort des vorübergehenden Kanzlers Michaelis: „wie ich sie auffasse", in dem alle Hinterhältigkeit der damaligen deutschen Kriegspolitik zusammengefaßt lag. Und auch innen war die „erste starke Erschütterung des Glaubens in unsere Sache und des Willens zum Durchhalten" zu gleicher Zeit erfolgt durch den klaffenden Widerspruch zwischen den politischen Ergebnissen des U-Bootkrieges und der unwahren Statistiken des Dr. Helfferich, der dem Volke durch die U-Bootwaffe ein schnelles siegreiches Kriegsende prophezeit hatte, während es sich längst herausgestellt hatte, daß seine erste Prophezeiung von den behaupteten Folgen des rücksichtslosen U-Bootkrieges richtig und bereits eingetreten war.

Die Schwierigkeiten Wilsons in Amerika.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 1. Juli.

Ueber die Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat schreibt heute die „Neue Correspondenz": Die amerikanischen Korrespondenten hatten ein Interview mit Präsident Wilson, aus welchem hervorgeht, daß dieser auf eine vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages, sowie des Paktes der Liga der Nationen bestehen wird. Er ist bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung ist jedoch der Ansicht, daß die Mehrheit des Senats entschlossen ist, ernstliche Vorbehalte zu machen, bevor der Vertrag ratifiziert wird. Den Ansichten der Republikaner zufolge wird das Bestehen Wilsons auf eine Ratifizierung eine Wirkung haben, die dem Ziel, das er verfolgt, entgegengesetzt ist. Mehrere Senatoren, die zugunsten des Paktes der Liga der Nationen gestimmt hätten, wenn der Völkerbund vom Friedensvertrag getrennt worden wäre, stimmen dagegen, weil er in den Vertrag eingegriffen ist. Wieder andere Senatoren sind der Ueberlassung Schantungs an Japan feindlich gesinnt. Senator Lodge glaubt ernsthaft, daß die von Root formulierten Weigerungen durch eine genügend große Anzahl Stimmen kombiniert werden. Die Anhänger Wilsons verfechten Hoffnung, daß die durch den Präsidenten angekündigte Resolution, wonach kein Kompromiß gemacht werde, den besten Erfolg hätte. Senator Hitchcock ist der Ansicht, daß die Republikaner eine Mehrheit der Stimmen zugunsten der Verbesserungen aufbringen können. Man ist allgemein der Ansicht, daß sich das Publikum an einer Diskussion über den Völkerbund zu interessieren beginnt, und wünscht, daß Amerika aus dem Kriege hervorgehe, ohne daß es mit den Geschäften der Alten Welt verknüpft ist. Der schwächste Punkt der Liga besteht darin, daß sie den künftigen Frieden wie unter der Bedingung eines Bündnisses zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten sichern könne. Es scheint, daß die Amerikaner gewillt, wenn man Frankreich im Falle eines neuen Angriffes Beistand versprechen wolle, ohne daß jedes